

57. ifo Jahresversammlung am 29. Juni 2006

Expertengespräch: "Jobs für Deutschland"

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung

Statement zur Podiumsdiskussion Jobs für Deutschland

Deutschland hat in erster Linie ein Wachstumsproblem, die Konjunkturschwäche ist dagegen von untergeordneter Bedeutung. Daher kommt es darauf an, Deutschland auf einen höheren Wachstumspfad zu bringen. Neben Bildungsbedingungen und einer intensiven Forschung sind dafür beschäftigungsfreundliche Rahmenbedingungen nötig. An einigen dieser Rahmenbedingungen sind erhebliche Defizite auszumachen, die in den folgenden Reformbaustellen verdeutlicht werden können.

Erstens benötigen wir eine Unternehmensteuerreform zusammen mit einer Senkung der Unternehmenseinzelsteuerbelastung. Deutschland ist im Hinblick auf die Unternehmensbesteuerung nach wie vor ein Hochsteuerland, insbesondere weil andere Länder sich mit Hilfe steuerpolitischer Maßnahmen bemühen, ihre Standortattraktivität zu verbessern.

Zweitens ist eine Reform der Systeme der sozialen Sicherung unumgänglich, und dies betrifft insbesondere eine Reform des Gesundheitssystems von der Ausgabenseite und der Einnahmeseite. Die Politik ist gut beraten, wenn sie die in Aussicht genommenen Reformen im Hinblick auf ein Gesundheitsprämienmodell vornimmt.

Drittens benötigen wir mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere ein beschäftigungsfreundliches Arbeitsrecht. Dazu gehören ein flexibler Kündigungsschutz und eine Erweiterung des Günstigkeitsprinzips. Ein Mindestlohn ist abzulehnen, denn er kostet Arbeitsplätze und löst keine Probleme.

Viertens muss die Haushaltskonsolidierung zügig vorangetrieben werden. Dies betrifft auch die Einhaltung der 3%-Grenze im Hinblick auf das staatliche Defizit, wie es der Stabilitäts- und Wachstumspakt vorschreibt. Dabei geht es nicht allein um die Erfüllung eines Vertrages um seiner selbst willen, sondern auch um Generationengerechtigkeit.